

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 5. Juni 1981

Blatt 1422

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Goldenes Verdienstzeichen für Adolphe Sibert
Gratz Ehrenmitglied des Wiener Roten Kreuzes

Nur

Über FS: 4.6. Sandner begrüßte sub auspiciis-Doktoranden
Eingeklemmter Autolenker von Feuerwehr befreit
Straßenbahnwagen entgleist
Brand in WC
Lackiererei ausgebrannt
5.6. Stadtwanderwege für Wien
Ottakringerin feiert 101. Geburtstag
Stadtwäldchen für die Großfeldsiedlung
Rat und Hilfe auch während der Feiertage
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

2 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Hubert PFOCH zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Reduzierung des Wiener Autobahnnetzes der Entwurf einer Novelle zum Bundesstraßengesetz vorsieht, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß in diesem Referentenentwurf das Wiener Autobahnnetz gegenüber dem Bundesstraßengesetz 1971 um zirka 30 Kilometer verringert wurde. Der Referentenentwurf entspricht allerdings nicht dem letzten Stand, da auf der Basis der vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption für Wien laufend Detailgespräche mit dem Bautenministerium geführt werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob versucht wird, den in der Verkehrskonzeption vorgesehenen Nordring Priorität zu geben, antwortete Gratz, daß auch in diese Richtung Verhandlungen geführt werden. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es Dringlichkeitsreihungen gibt, bejahte Gratz. Die Notwendigkeit von Prioritäten für Entlastungsstraßen geht schon daraus hervor, daß zum Beispiel auf der Südost-Tangente täglich 72.500, auf dem Westgürtel 73.000 und im Wiental 40.000 Autos gezählt werden. Zum Vergleich: im Arlbergtunnel sind es 3.000, auf der Brenner-Autobahn 15.000.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde (forts)

=++++

3 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. WIESINGER (SPÖ), welche Erfahrungen bei der Volkszählung gewonnen werden konnten, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß ein abschließender Erfahrungsbericht derzeit noch nicht möglich ist. Es kann aber bereits gesagt werden, daß die Zählpapiere im allgemeinen gewissenhaft ausgefüllt wurden und die Zähler ihre Aufgabe gut bewältigt haben. Allerdings war ihre Aufgabe noch bei keiner Volkszählung so schwierig. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dem einzelnen aus seinen Angaben Nachteile erwachsen können, antwortete Gratz, daß die Angaben nur statistischen Zwecken dienen. Wenn ein Verfahren zur Feststellung des Wohnsitzes durchgeführt wird, so richtet sich dieses Verfahren nicht gegen den einzelnen Staatsbürger. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was getan wird, um bei künftigen Volkszählungen Schwierigkeiten zu vermeiden, antwortete Gratz, daß gemeinsam mit den Zählorganen eine Enquete abgehalten werden soll. Außerdem soll auch in Arbeitsausschüssen versucht werden, Schlußfolgerungen zu ziehen. Ähnliches geschieht auch im Rahmen des Städtebundes. Die Überlegungen reichen von einer Verbesserung der Formulare über ein objektives Verfahren zur Feststellung des Wohnsitzes bis zu der Frage, ob Volkszählungen in dieser Art überhaupt noch notwendig sind. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

4 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dr. PETRIK (ÖVP), was unternommen wird, daß in jedem Wiener Bezirk zumindestens eine Volksschule mit einer Sechs-Tage-Schulwoche geführt wird, antwortete Bürgermeister GRATZ (SPÖ), daß im Schuljahr 1981/82 wieder in 30 Schulen Befragungen durchgeführt werden. In jenen Bezirken, die ausschließlich Schulen mit Fünf-Tages-Unterricht haben, sollen neuerliche Befragungen stattfinden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob das Versprechen des ehemaligen Stadtschulratspräsidenten Dr. Schnell eingehalten wird, daß in jedem Bezirk eine Sechs-Tage-Schulwoche geführt wird, antwortete Gratz, daß nach den Bestimmungen des Wiener Landesschulgesetzes vorgegangen wird, wonach das Elternrecht entscheidend ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich der Bürgermeister dafür einsetzen wird, daß am Samstag nicht nur nebensächliche Gegenstände auf dem Stundenplan stehen, betonte Gratz, daß er diese Anregung gerne aufnehmen, und mit dem Stadtschulratspräsidenten über den Stundenplan an den Samstagen sprechen wird.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. KUCHAR (FPÖ), wie sich Stadtrat Hatzl zum Angebot der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland stellt, die gesetzlich vorgesehene Prüfung der Abwicklung geförderter Wohnbauten zu degressiven Prüfgebühren vorzunehmen, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß er dieser Anregung aufgeschlossen gegenübersteht. Die Mitteln für die Prüfgebühren können aber nicht aus der Wohnbauförderung genommen, sondern müßten aus dem Budget bereitgestellt werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

5 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat HATZL bei seinen Überlegungen die degressiven Prüfungsgebühren berücksichtigt, sagte Hatzl, daß die Ziviltechniker in Zukunft für Prüfungen stärker als bisher eingesetzt werden sollen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Ziviltechniker auch bei größeren Bauten berücksichtigt werden, antwortete Hatzl, grundsätzlich "ja".

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HOLUBARZ (SPÖ), wieviele Zusicherungen zur Wohnungsverbesserung 1981 bereits erteilt wurden, antwortete Hatzl, 5.584 Zusicherungen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Schwerpunkten der Wohnungsverbesserung sagte Hatzl, daß die Mehrzahl der Anträge die Verbesserung von Substandardwohnungen auf Standardwohnungen betrifft. Schwerpunkte waren der Einbau von Heizungen, Bäderinstallationen und der Schall- und Wärmeschutz. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, nach der Höhe des Darlehensvolumens informierte Hatzl, daß in den ersten fünf Monaten 318 Millionen - etwa die Hälfte des Gesamtvolumens - ausgeschöpft wurden. (Forts.)

ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

6 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE des LAbg. STRANGL (SPÖ), ob die Wohnbauförderung "verlängert" werden sollte, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die Wohnbauförderung mehr als bisher Ländersache werden sollte. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Aufbringung der Mittel antwortete Hatzl, die Beträge, die die Bundesländer aufbringen, sollten in den Bundesländern bleiben. Dieses Anliegen ist für Wien besonders wichtig, weil es hier sehr viele Substandardwohnungen und alte Häuser gibt. Die neue Regelung brächte 100 Millionen Schilling. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es in dieser Angelegenheit eine Übereinstimmung mit den Oppositionsparteien gibt, antwortete Hatzl, daß nach seinem Wissen die Haltung der FPÖ noch etwas unklar ist, die ÖVP zwar grundsätzlich zustimmt, jedoch nicht im finanziellen Bereich.

"Wie hoch ist mit Stichtag 1. Juni 1981 die Sonderrücklage für die Wohnbauförderung 1968", lautete die SIEBENTE ANFRAGE des LAbg. HAHN (ÖVP). Stadtrat HATZL (SPÖ) bezifferte den Betrag mit 1,976 Milliarden Schilling, wies jedoch darauf hin, daß dies nur eine Momentaufnahme ist und daß die Bundesmittel unmittelbar vorher zugeteilt worden waren. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch der Zinsenertrag aus der Rücklage ist, antwortete Hatzl, daß innerhalb kurzer Zeit 427 Millionen abberufen wurden und daß das Land die Verpflichtung hat, daß alle, die die Zusicherung erhalten haben, auch die Mittel bekommen. Die gesamte Summe ist also für gegenwärtige Bauvorhaben gebunden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Zinsenerträge einem Stadterneuerungsfonds zufließen könnten, antwortete Hatzl, daß mit den Mitteln einer Verteuerung des Wohnbaus entgegengetreten wird und daß die Mittel selbstverständlich günstig angelegt sind. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

7 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. AMMANN (ÖVP), ob eine Änderung des Wiener Gasgesetzes analog zum Wiener Wasserversorgungsgesetz in Zukunft eine Verlagerung der Instandhaltungskosten für Abzweigleitungen von den Hausbesitzern zur Gemeinde Wien bringen wird, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß in dieser Angelegenheit zahlreiche rechtliche und wirtschaftliche Probleme bedacht werden müssen. Eine Neuregelung ist derzeit nicht möglich. Eine Änderung würde eine Belastung der Gesamtheit über die Tarife bringen. Das ist nicht vertretbar. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann er spätestens dem zuständigen Ausschuß über die Prüfung dieser Materie berichten wird, antwortete Hofmann, es ist derzeit nicht möglich, einen genauen Termin zu fixieren, es wird jedoch zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein Bericht vorgelegt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er versprechen kann, wann die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um das Gasgesetz zu ändern, berichtete Hofmann, daß das Gesamtvolumen der Instandsetzungen 70 Millionen Schilling pro Jahr betrage und eine Umlegung in den Tarifen seinen Niederschlag finden würde. Wo es Schwierigkeiten gibt, können Kreditaktionen der Stadt Wien in Anspruch genommen werden. Der Magistrat kann auch mit einer Ersatzvornahme vorgehen. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

8 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE nach der Streichung von Autobahnen, Schnell- und Bundesstraßen aus dem Bundesstraßengesetz 1971, die LAbg. Ing. KREINER (ÖVP) stellte, wies Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) auf die vom Gemeinderat am 29. April 1980 beschlossene Verkehrskonzeption hin. Das Bautenministerium hat bereits eine genaue Zusammenfassung des Landes Wien über die Autobahnen, Schnell- und Bundesstraßen erhalten. Ebenso wurde im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost ein Forderungskatalog an den Bund gerichtet. Diese Grundlagen sind für die Verhandlungen mit dem Bund verbindlich. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Trasse der A 5 erwiderte Hofmann, daß die generelle Verkehrsplanung integrierender Bestandteil der Stadtplanung ist und diese Frage daher an die entsprechende Geschäftsgruppe zu richten ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach einem Stopp der Enteignungen bei der Flötzersteig-Hochstraße verwies Hofmann ebenfalls auf das Verkehrskonzept für Wien: Dieser Beschluß ist ein Arbeitsauftrag und bedeutet, daß die in diesem Konzept festgelegten Straßenzüge zu realisieren sind.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. HANKE (SPÖ) nach Divergenzen zwischen den Entscheidungen der Jugendfilmkommission beim Unterrichtsministerium und des Filmbeirates der Stadt Wien betonte Kulturstadtrat Dr. ZILK, daß die Zulassung von Filmen Landessache ist. Die Kommission des Unterrichtsministeriums besitzt dagegen nur Empfehlungscharakter. Bei den Entscheidungen gibt es in zunehmendem Maße Divergenzen: So ist die Jugendfilmkommission etwas engherziger in allen Fragen, die mit Sex zusammenhängen, der Filmbeirat dagegen strenger bei Gewaltdarstellungen. (Forts.) hs/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

9 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach eventuellen Konsequenzen erklärte Zilk, daß man diese Landeskompetenz zwar nicht aufgeben, er sich aber durchaus den Wegfall des städtischen Filmbeirates vorstellen kann. Es gibt auch Bemühungen bei der Verbindungsstelle der Bundesländer, zu einer Vereinheitlichung zu kommen, damit zentrale Empfehlungen besser übernommen werden können. (Forts.) hs/sr

Wiener Landtag (9)

Utl.: Fragestunde (Forts)

=++++

10 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Ergebnisse die am 29. April abgehaltene Spielautomatenenquete gebracht hat, antwortete Stadtrat ZILK (SPÖ), bei den Teilnehmern ist weitgehende Einigung erzielt worden. So soll es weder eine schrankenlose Freigabe noch ein totales Verbot der Automaten geben. Bestimmte Richtlinien bezüglich der Aufstellungsorte und der Höhe des Spieleinsatzes werden gewünscht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es nun eine gesetzliche Regelung in diesem Sinn geben wird, sagte Zilk, die Materie wird in die zweite Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz eingebracht, die derzeit in Arbeit ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Termin des Inkrafttretens dieses Gesetzes antwortete der Kulturstadtrat, er rechne mit einem Landtagsbeschluß im Oktober.

Die ZWÖLFTE ANFRAGE von LABg. PROCHASKA (BVP) galt ebenfalls dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle des Veranstaltungsgesetzes und war damit, wie Zilk sagte, bereits beantwortet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Zilk die Zusammenhänge von Automatenaufstellungen und Jugendkriminalität bekannt sind, sagte Zilk, eben deshalb arbeitet man an einer gesetzlichen Regelung. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie sich eine Vergnügungssteuer von 10.000 S auf Automaten mit der gesetzlichen Lücke im Veranstaltungsgesetz vereinbaren läßt, sagte Zilk, diese Lücke wird ja bis Oktober behoben sein. Im Übrigen ist jedes Gewerbe sofort bei Ausübung steuerpflichtig. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

11 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), warum in Wien kein Grundverkehrsgesetz gegen die Grundstücksspekulation geschaffen wird, erklärte Stadtrat NEKULA (SPÖ), es geht hier vor allem um den Schutz von Grünland, der in Wien ohnedies durch andere gesetzliche Bestimmungen geregelt ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob ein Grundverkehrsgesetz nicht die Grundstücksspekulation verhindern könnte, antwortete Nekula, die Bauordnung schiebt der Spekulation in Wien einen Riegel vor. Wenn nötig, werde er jedoch ein Grundverkehrsgesetz veranlassen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie das Aufkaufen von Wiesen und Feldern durch Spekulanten verhindert werden kann, sagte Nekula, er wird eine Liste der vorhandenen Maßnahmen vorlegen und, wenn nötig, weitere gesetzliche Maßnahmen - also ein Grundverkehrsgesetz - ausarbeiten lassen. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Fragestunde (Schluß)

=++++

12 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von LAbg. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wie weit die Vorarbeiten zur Novellierung der Wiener Bauordnung betreffend die Einsparung von Energie gediehen sind, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), daß bisher bereits umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt worden sind. Voraussichtlich im Juni wird der Entwurf in das interne Begutachtungsverfahren gehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was vorgesehen ist, um den Energieverlust über freistehende Feuermauern zu vermeiden, antwortete Nekula, daß dies ein wesentliches Problem ist. So ist ein Wärmeschutz für Feuermauern bei Neubauten vorgesehen.

Zwtl.: Sitzung des Wiener Landtages

Dem Wiener Landtag lag eine ANFRAGE der FPÖ vor. Außerdem lagen ein ANTRAG der SPÖ betreffend die Reduzierung des Bleigehalts in Vergasertreibstoffen und die Höchstgrenze des Schwefelgehaltes in Heizöl sowie ein ANTRAG der ÖVP betreffend familienpolitische Maßnahmen zugunsten von Mehrkinderfamilien vor.

LAbg. GAWLIK (SPÖ) stellte den Antrag, das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des LAbg. Freinberger (SPÖ) wegen des Verdachtes der üblen Nachrede in einem Druckwerk, abzulehnen.

Der ANTRAG wurde EINSTIMMIG angenommen. (Schluß) ger/bs

NNNN

Goldenes Verdienstzeichen für Adolphe Sibert

=++++

14 #Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Landtagspräsident Hubert PFOCH überreichte Freitag in Anwesenheit von Landeshauptmann Leopold GRATZ das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien an Kapellmeister Adolphe SIBERT.#

Adolphe Sibert ist vor allem durch seine Initiativen für die Wiener Musik im Ausland hervorgetreten und hat damit Beiträge für die Verbreitung des Wiener Genres in Frankreich geleistet. Er ist auch Gründer der französischen Johann Strauß-Gesellschaft und initiierte die Benennung eines Johann Strauß-Platzes in Paris und die Gestaltung eines Johann Strauß-Denkmal. (Schluß) and/gg

NNNN

Gratz Ehrenmitglied des Wiener Roten Kreuzes

=++++

15 #Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident des Wiener Roten Kreuzes, Univ.-Prof.Dr. Alois STACHER überreichte Donnerstag abend im Rahmen eines Festaktes zum 20jährigen Bestandsjubiläum des Wiener Roten Kreuzes an Bürgermeister Leopold GRATZ die Ehrenmitgliedsurkunde.#

Der Bürgermeister unterstrich in seiner Festansprache die Bedeutung des Wiener Roten Kreuzes und meinte, daß dessen Tätigkeit heute aus Wien einfach nicht mehr wegzudenken ist. Gratz dankte den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern namens der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung für die bisher geleistete Arbeit. (Schluß)
zi/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Begonnen wurde mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), welche Firmen, die in den AKH-Skandal verwickelt sind, derzeit in einem Auftragsverhältnis zur Gemeinde Wien, einem ihrer Unternehmungen oder zur Wiener Holding stehen, nannte Bürgermeister Leopold Gratz u. a. die Firmen Siemens, Prutscher, Schrack, ITT und Knoblich für die Stadt Wien. Die Wiener Holding teilte in einem Brief mit, daß sie die beauftragten Firmen auf Grund der Wahrung des Geschäftsgeheimnisses nicht bekanntgibt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach einem Auftragsstopp für die im AKH-Skandal verwickelten Firmen meinte Gratz, daß ein genereller Auftragsstopp eine Absage an die gesamte Wiener Schwachstromindustrie bedeuten würde. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Bürgermeister die korrekte Erfüllung der Aufträge dieser Firmen garantieren kann, sagte Gratz, daß diese Erfüllung dann gesichert ist, wenn durch die Mitarbeiter der Stadt Wien die korrekte Einhaltung der ÖNORM kontrolliert und überprüft wird.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ) nach Planungsunterlagen für ein Radwegenetz in den Wiener Bezirken, antwortete Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß für den 10. Bezirk ein Radwegenetz geplant wurde. Die Radwege sollen vom Reumannplatz bis Inzersdorf und von Inzersdorf bis Laxenburg führen. Ein weiteres Projekt ist für einen Radweg zwischen Nußdorf und der Rotundenbrücke in Ausarbeitung. Ende 1981 werden die Planungen für ein gesamtes Radwegegrundnetz für Wien fertig sein. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

18 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es ein Radwegeprojekt für die Ringstraße geben wird, antwortete Wurzer, daß diese spezielle Frage überprüft wird. Schwierigkeiten ergeben sich bei der Verknüpfung zwischen dem Radwegenetz Donaukanal und dem Ring. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, nach welchen Kriterien der Bau von Radwegen erfolgen soll, sagte Wurzer, daß man Radwege vor allem dort bauen soll, wo sie von den Menschen angenommen werden. (Forts.)

ba/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

19 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. STRANGL (SPÖ) nach den Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt "Tragfähigkeit des Landschaftshaushalts" antwortete Stadtrat Univ.-Prof.Dr. WURZER (SPÖ), daß sich für die Stadtplanung Beurteilungskriterien über die vorrangige Eignung verschiedener Stadtgebiete für bestimmte Nutzungen, über die bestehenden Belastungen und die Grenzen der Belastbarkeit sowie über die Sanierung in überlasteten Gebieten ergeben. Auf der Grundlage des Forschungsprojekts wird ein Landschaftsrahmenplan für Wien sowie ein Landschaftsplan für den 21. und 22. Bezirk erstellt.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. RAUTNER (SPÖ) nach den Vorarbeiten für Park-and-Ride-Anlagen antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Wurzer (SPÖ), daß kurz- und mittelfristige Ausbauprogramme ausgearbeitet wurden, und daß die Realisierung in Abstimmung mit den Ausbaumaßnahmen im Bereich des öffentlichen und des individuellen Verkehrs erfolgt. In Leopoldau sind die Vorarbeiten abgeschlossen, in Kagran werden an der künftigen U 1-Endstelle 250 Stellplätze entstehen. Bei den weiteren Standorten Liesing, Siebenhirten, Hütteldorf, Heiligenstadt, Strebersdorf und Brünner Straße gibt es noch Probleme mit der Flächenwidmung, der Finanzierung und der Grundfreimachung. Nach Klärung dieser Vorfragen werden die Projekte erstellt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach Park-and-Ride-Anlagen im Umland antwortete Wurzer, daß diese Angelegenheit in Zusammenarbeit zwischen Planungsgemeinschaft Ost und Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft untersucht wurde. Ergebnisse werden im Herbst vorgelegt. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

20 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTHE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wie die mehrheitlich geäußerten Teilumwidmungswünsche der Bevölkerung des Heubergs berücksichtigt wurden, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß 350 Fragebogen bei öffentlichen Ausstellungen abgegeben wurden, davon 230 mit sehr konkreten Wünschen und Vorstellungen. Der Plan, der nun vorgelegt werden soll, wird für die Heubergkuppe die Widmung "Kleingartengebiet" aufweisen. Für die Kleingartenanlagen "Mitterberg" und "Trenkwald" wird die bestehende Kleingartenwidmung nicht geändert, weil eine eindeutige Abgrenzung zum Gartensiedlungsgebiet nicht durchsetzbar war. Das magistratsinterne Begutachtungsverfahren wird in nächster Zeit eingeleitet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum es in den Anlagen Mitterberg und Neu-Mitterberg zu keiner Umwidmung kommt, obwohl sich die Bevölkerung mehrheitlich für "Gartensiedlung" ausgesprochen hat, und ob dafür maßgeblich gewesen ist, daß sich Prominente dagegen geäußert haben, antwortete Wurzer: Der Rang von Personen sei für die Stadtplanung nicht maßgeblich. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten soll, so weit wie möglich, den einzelnen Wünschen entsprochen werden. Er wolle jedoch die öffentliche Auflage des neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Herbst nicht präjudizieren. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, in welcher Weise sich der Bürgermeister in dieser Angelegenheit verwendet hat, antwortete der Stadtrat, daß der Bürgermeister nur den Zeitablauf für das Beschlußverfahren wissen wollte. Sonst ist nichts zur Sprache gekommen. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

21 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach Holding-Verträgen, die einen Übertritt in den Ruhestand bei vollen Bezügen, ohne Rücksicht auf Alter oder Gesundheit, ermöglichen, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß er solche Verträge nicht begrüße. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Verantwortlichkeit erklärte Veleta, daß die beiden Verträge bei der Auflösung des Baurings mit den damaligen Geschäftsführern abgeschlossen wurden. Sie stellten damals die beste Lösung dar, da aufgrund der vorherigen Verträge beide Geschäftsführer - nach Auflösung des Baurings - bis zum 65. Lebensjahr die vollen Bezüge, ohne entsprechende Leistungen erbringen zu müssen, erhalten hätten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, die sich wieder auf die Verantwortung für die Verträge bezog, sagte Veleta, daß diese Verträge, die auf dem Verhandlungsweg erreicht wurden, die relativ günstigste Lösung darstellten. Seit Bestehen der Holding sehen die Dienstverträge natürlich vor, daß kein Anspruch auf Ruhebezüge besteht, wenn ein Dienstnehmer von sich aus vor dem 60. Lebensjahr ausscheidet (Gesundheitsgründe natürlich ausgenommen).

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP) nach dem Stand der Kaufverhandlungen beim Haus Gardegasse 7, erklärte Stadtrat VELETA (SPÖ), daß bereits entsprechende Gespräche geführt wurden. Die Hausbesitzerin konnte sich jedoch nicht entschließen, zu welchen Bedingungen sie das Gebäude am Ulrichsberg an die Stadt Wien verkauft. Zusätzliche Schwierigkeiten sind durch Untervermietung von Wohnungen an Gastarbeiter entstanden. Nach weiteren Verhandlungen wird die Stadt bald ein konkretes Angebot vorlegen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was geschieht, wenn diese Ankaufsversuche erfolglos sind, erwiderte Veleta, daß man sich bemüht, rasch zu einem Abschluß zu kommen. Zwangsmaßnahmen wolle die Stadt Wien jedenfalls nur im äußersten Fall anwenden. (Forts.)

hs/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

22 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), ob das Müllaufkommen für die Müllverbrennungsanlagen nach Inbetriebnahme des Rinter-Werkes verringert wird, erwidert Stadtrat Veleta (SPÖ), daß er derzeit nur für die Heizbetriebe antworten kann, da die neue Geschäftsordnung erst in der heutigen Gemeinderatssitzung beschlossen werden soll. Durch die Inbetriebnahme der Rinter-Anlage wird es jedenfalls zu keiner Reduzierung der Müllanlieferung für Flötzersteig, Spittelau, Biomüll oder EBS kommen.

Auf die ERSTE ZUSAMTFRAGE nach Preiserhöhungen bei Fernwärme oder der Müllgebühr sagte Veleta, daß Preiserhöhungen, die durch steigende Energiekosten bedingt sind, nie auszuschließen sind. Für die Müllgebühr gibt es fixe Verträge mit der Firma Rinter. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach einem finanziellen Schaden, falls die Rinter-Anlage nicht zielführend ist, erwiderte Veleta, das Rinter-Werk geht in Kürze in Betrieb. Es ist nicht zu erwarten, daß die Anlage nicht zielführend ist. (Forts.) hs/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

24 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ), wie sich der nachträgliche Einbau von Aufzügen in städtischen Wohnhäusern im Jahr 1981 verteilt, nannte Stadtrat HATZL (SPÖ) - nach Bezirken geordnet - insgesamt 103 Anlagen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Aufzugsanlagen in der laufenden Legislaturperiode nachträglich eingebaut worden sind, sagte Hatzl, 212 Anlagen. Insgesamt wurden bereits 1.043 Aufzugsanlagen nachträglich in Gemeindebauten eingebaut.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele Aufzugsanlagen noch in dieser Periode eingebaut werden sollen, sagte Hatzl, es ist geplant in den Jahren 1982/83 insgesamt 300 Aufzüge nachträglich in Gemeindebauten zu installieren. Damit hilft man sowohl den älteren Menschen, die in diesen Bauten wohnen, aber auch der Industrie, die dadurch wertvolle Impulse erhält.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Gr. OBLASSER (SPÖ), welche Maßnahmen im Wohnbaubereich im Jahr 1981 der Stadterneuerung zuzuzählen sind, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß zunächst einmal die Gemeindebauvorhaben an 27 Baustellen im dichtverbauten Gebiet der Stadterneuerung zuzurechnen sind. Weiters werden 1981 Wohnungsverbesserungskredite für 9.000 bis 10.000 Wohnungen vergeben. Auch die Generalinstandsetzungen städtischer Wohnhausanlagen gehören zur Stadterneuerung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob ein Stadterneuerungsfonds auf Bundesebene eine Hilfe für die diesbezüglichen Bemühungen der Stadt Wien wäre, sagte Hatzl, daß ein derartiger Fonds sicherlich eine gute Unterstützung wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob zugunsten der Stadterneuerung auf die Stadterweiterung verzichtet werden könnte, sagte Hatzl, dies ist nicht möglich, da Maßnahmen zur Auflockerung des Baubestandes und zur Beseitigung der Substandardwohnungen weiterhin auch die Stadterweiterung nötig machen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

25 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö), welche tarifpolitischen Vorstellungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben habe, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß im Rahmen der Überlegungen zur Erhöhung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel neben verkehrsorganisatorischen und betriebstechnischen Aspekten auch über das Tarifsysteem beraten wird. Die Tarife sollen die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel so leicht und so kundenfreundlich wie möglich machen. Dazu gehören auch die Überlegungen über eine Ausweitung, Vereinfachung und zum Teil auch Verbilligung der Netzkarten. Letztlich muß der Wert der Tarifeinnahmen auch der allgemeinen Kostenentwicklung angepaßt werden. Ein Tarifreformplan wird nach Abschluß der Vorarbeiten den zuständigen Gremien und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt werden. Auf eine diesbezügliche ERSTE ZUSATZFRAGE bestätigte Hofmann, daß es heuer keine Tarifänderung bei den Verkehrsbetrieben geben wird. Auf eine ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob für Senioren besondere Begünstigungen vorgesehen sind, antwortete Hofmann, daß auch diese Frage geprüft wird. Aussagen sind allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. (Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde (Forts.)

=++++

26 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. EMERLING (SPÖ), welche verkehrsmäßigen Änderungen die Verlängerung der S 2/B 3 für den 21. Bezirk brachte, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß die Ende 1980 erfolgte Verkehrsfreigabe dieser neuen Straßenverbindung in Verlängerung der Nordbrücke für zahlreiche bestehende Straßen in Floridsdorf eine wesentliche Verkehrsentlastung bewirkte. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Entlastung ausreiche, um dem Floridsdorfer Zentrum im Bereich des "Spitzes" weitere Entwicklungschancen im Sinne einer Verkehrsberuhigung einzuräumen, sagte Hofmann, daß auch eine Umfahrung des Floridsdorfer Ortskernes im Osten notwendig ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob in Anbetracht des starken Verkehrsaufkommens im Bereich Brünner Straße/Siemensstraße ein Ausbau der Brünner Straße in Erwägung gezogen wird, antwortete Hofmann, daß die Brünner Straße eine Bundesstraße ist, bei deren Ausbau allerdings auch ein hoher Gemeindeanteil notwendig ist. Er hofft, falls es das Budget erlaubt, daß ein Teilausbau der Brünner Straße im kommenden Jahr möglich ist.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. VEJTISEK (SPÖ), wie die neue Informationsstelle der Verkehrsbetriebe am Praterstern frequentiert wird, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß in den ersten drei Monaten mehr als 20.000 Besucher und 4.500 Anrufe gezählt wurden. Dies zeigt, wie wichtig und erfolgreich diese Kundendiensteinrichtung ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fragestunde (Schluß)

=++++

27 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Die 14. ANFRAGE wurde zurückgezogen. Auf die 15. ANFRAGE von GR. Dkfm.Dr. EBERT (ÖVP), wann die sogenannte "Todeskreuzung" Grinzinger Allee/Huschlagasse entschärft wird, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß sich auf dieser Kreuzung in den letzten fünf Jahren zwei Unfälle ereigneten, wobei in einem Fall ein Kind, das sich aus einer Gruppe losriß, von einem Auto niedergestoßen und verletzt wurde. So bedauerlich dies ist, so könne in Anbetracht dieser Unfallzahlen doch von keiner "Todeskreuzung" gesprochen werden. Er habe den Auftrag zur Prüfung gegeben, ob eine Haltestelleninsel in diesem Bereich eine Verbesserung bringt. Ein Straßenumbau und ein Schutzweg sind vorgesehen. Die Realisierung soll spätestens Anfang 1982 erfolgen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was ihn zu dieser Untersuchung veranlaßt hat, antwortete Hofmann, daß GR. Ing. Hofstetter bei ihm in dieser Angelegenheit vorgesprochen hat. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Vorgangsweise rasch genug ist, betonte Hofmann, daß die zuständigen Dienststellen ihr möglichstes tun, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

28 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Gemeinderat die Beratungen fort. Es lagen eine Anfrage der FPÖ und zwei Anfragen der ÖVP vor.

Die FPÖ stellte einen DRINGLICHEN ANTRAG betreffend Sofortmaßnahmen der Stadt Wien in Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung zur Firmengruppe Prutscher. Die ÖVP stellte den DRINGLICHEN ANTRAG betreffend der Beteiligung der Stadt Wien an der Rinter AG. Die dringlichen Anträge werden vor Schluß der Tagesordnung behandelt.

Folgende weitere Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen: Ein Antrag der SPÖ betreffend die Einstellung von teilzeitbeschäftigtem Krankenhauspersonal im Bereich der Stadt Wien. Sieben Anträge der ÖVP betreffend Errichtung neurotraumatologischer Abteilungen in Wien, betreffend Aufnahme von Verhandlungen mit der Verbundgesellschaft über die zukünftige Energieversorgung Wiens und Beteiligung an einem Donaukraftwerk Wien, betreffend Organisation des Güterverkehrs von der Westbahnstrecke nach Kledering, betreffend Verhinderung der Teilung von Auftragsvergaben, betreffend Brandschutzsicherungsüberprüfungen im Wohnpark Alt-Erlaa, betreffend Einbau von Schallschutzmaßnahmen im Jugendzentrum Gassergasse sowie betreffend eines Radweges zwischen Stadtpark und Prater-Hauptallee. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wiener Sozialbericht

=++++

29 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderat wurde mit einer Mitteilung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über das Sozialamt der Stadt Wien fortgesetzt. Wien gehört heute zu den Städten Europas, mit dem besten und dichtesten Sozialnetz, sagte Stacher. Die Entwicklung begann vor 60 Jahren, als auf Initiative von Julius Tandler das Sozialamt gegründet wurde. Es stellte vor allem im Gegensatz zur der bis dahin gepflegten privaten Armenhilfe den Grundsatz auf, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, allen Hilfsbedürftigen Hilfe zu gewähren, daß jeder das Recht auf soziale Dienste hat. Standen zu Tandlers Zeiten die Bekämpfung der Wohnungsnot, der Infektionskrankheiten und die Säuglingssterblichkeit im Vordergrund, so haben sich die Bedürfnisse im Rahmen des Sozialwesens in den letzten Jahren wiederum völlig verändert. Die reine finanzielle Armut spielt heute eine relativ geringe Rolle. Dafür hat sich die Kostenentwicklung bei den Aushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs, zur Hilfe in besonderen Lebenslagen, für Pensionswerber und für Flüchtlinge vergrößert. Personengruppen, die Geldleistungen erhalten, haben überwiegend eine ungünstige Startbasis: Sie stammen entweder aus tristen Familienverhältnissen, sind alleinstehend oder geschieden und haben nur geringe berufliche Qualifikationen. Auch Flüchtlinge werden mit Geldaushilfen unterstützt.

Der wesentlichste Schwerpunkt in den letzten Jahren war jedoch der Ausbau der sozialen Dienste für die ältere Generation. Dabei gibt es den Grundsatz, daß jeder ältere Mensch so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung weiterleben soll. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wiener Sozialbericht (Forts.)

=++++

30 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) 1980 wurde der Sozialpaß eingeführt, der im selben Jahr von rund 50.000 Wienern beansprucht wurde. am meisten ausweitete wurde der Heimhilfe-Dienst. Weitere soziale Dienste für die älteren Menschen sind die Mobilen Schwestern, der Wäschepflegedienst, der Reinigungsdienst, die Aktion "Essen auf Rädern" und der Reparaturdienst. Alle diese Hilfen wurden in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt. Erhöht wurde auch die Zahl der Pensionistenklubs. Sie sind heute echte Stätten der Begegnung, wo neben Vorträgen, Filmen, Spielen und Gymnastik verschiedenste Aktivitäten gesetzt werden. Zur Palette der sozialen Dienste zählen auch der Besuchsdienst, die Landaufenthaltsaktion, Muttertagsfeiern, die Seniorenwoche und kulturelle Veranstaltungen. Die Senioren werden über Broschüren, über den Sozialen Notruf und über den Kontaktbesuchsdienst von den Angeboten der Stadt Wien informiert.

In den Pensionistenheimen stehen derzeit 4.308 Plätze zur Verfügung. Jährlich werden zwei neue Pensionistenheime gebaut und zwar möglichst in allen Stadtteilen, damit die Insassen der Pensionistenheime in ihrer gewohnten Umwelt leben können. Die Maßnahmen für die Behinderten gehören seit Jahren zu einem Schwerpunkt des Sozialbereichs. Ein wesentlicher Erfolg: vor allem im Baubereich konnte ein breiter Gesinnungswandel erzielt werden. Wesentliche Fortschritte für geistig Behinderte konnten durch Übergangsheime und Wohngemeinschaften sowie durch geschützte Werkstätten erzielt werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wiener Sozialbericht (Forts.)

=++++

31 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Die Bedeutung, die das Sozialwesen in der Kommunalpolitik einnimmt, wird auch aus dem Budget ersichtlich: 1973 wurden 599 Millionen für das Sozialwesen ausgegeben, 1979 waren es bereits 1,6 Milliarden. Die soziale Integration jedes einzelnen der Gesellschaft steht im Mittelpunkt der Bemühungen. Allen Tendenzen, die meinen, daß die Stadtverwaltung für Notleidende bereits zu viel tue, müsse man schärfstens entgegentreten. In Zukunft wird man gerade den Menschen, die der Hilfe bedürfen - darunter relativ vielen jungen Menschen - verstärktes Augenmerk schenken. Gemeinsam mit dem Sozialministerium wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um Menschen, die einmal auf die schiefe Bahn gerieten, vor weiterem sozialen Abstieg zu bewahren. Die Behindertenhilfe soll quantitativ ausgeweitet werden, für Selbsthilfeklubs wurde eine Informationsstelle eingerichtet. Die Nachbarschaftshilfe soll das System der Sozialhilfe vervollständigen. Die Debatte über den Sozialbericht wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung durchgeführt. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung

=++++

32 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA beantragte eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien, wonach die MA 48 künftig dem Ressort "Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz", die MA 70 der Geschäftsgruppe "Personal- und Rechtsangelegenheiten" angehören soll.

GR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß der Gesamtbereich, der nun von Stadtrat Ing. HOFMANN zu betreuen ist, noch immer zu groß ist. Verkehrs- und Energieressort sollten sinnvollerweise getrennt werden.

Es sei der nunmehrige Stadtrat Hofmann gewesen, der einen Antrag eingebracht habe, die A 5 über die Alte Donau zu führen und es könne den Wienern nicht gleichgültig sein, wie er dies aus heutiger Sicht beurteilt. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung (Forts.)

=++++

33 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auch GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP) setzte sich mit der Wahl von Stadtrat Ing. Hofmann auseinander. Bürgermeister Gratz hat versichert, die vorhergegangene Änderung der Geschäftseinteilung ist die letzte in dieser Legislaturperiode - nun erfolgt doch eine weitere. Er fragte, ob Gratz es richtig finde, daß das Ressort von Stadtrat Hofmann als eines von zehn fast 40 Prozent der Budgetmittel verwalte. Neben der Verkehrspolitik ist auch das gesamte Energiewesen nur einem Ressort zugeordnet. Es gebe Probleme mit der Finanzierung der Stadtwerke. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung (Forts.)

=++++

34 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Beschluß des Gemeinderats vom 26.2.1979 wurde erstmals eine umfassende Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie geschaffen. Die Aufteilung der Geschäfte wurde in sachlich zusammengehörende Aufgabenbereiche vorgenommen, betonte GR. PÖDER (SPÖ). Die Geschäftseinteilung ist kein starrer, lebloser Organismus und kann nur nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Bei den Aussagen der ÖVP müsse man sich allerdings fragen, was nun gelte: sind Sachinhalte für die Geschäftseinteilung maßgebend, soll sie sich nach der Budgetsumme oder etwa nach der Zahl der Bediensteten richten, fragte Pöder.

Pöder warnte anschließend davor, die Stadtwerke auseinanderzudividieren: bei einer Auflösung dieses Verbunds sei eine starke zusätzliche Belastung der Steuerzahler notwendig. Der ÖVP-Vorschlag auf Schaffung einer Landesgesellschaft bedeute, daß die Stadtwerke auf privatwirtschaftliche Basis gestellt würden - mit allen entsprechenden Konsequenzen auch für ihre Mitarbeiter.

Zur MA 48, einem der größten Dienstleistungsbetriebe, betonte Pöder, daß diese Abteilung in den letzten Jahren trotz Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub ohne große Personalvermehrung ihre Leistungen wesentlich erweitert habe: so kamen in den letzten 8 Jahren 2,08 Millionen Quadratmeter an neuen Straßenflächen zur Betreuung dazu, die Müllabfuhr habe in acht Jahren ihre Leistung verdoppelt. (Forts.) hs/bs

NNNN

5. Juni 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1450

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung (Schluß)

=++++

35 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Nekula warf in seinem Schlußwort der öVP vor, daß gerade die frühere VP-Zuständigkeit für das Verkehrsressort zur Zerschlagung des Verkehrswesens geführt habe: so wurden die Linien "L" und "N" am Ring gekappt, die Straßenbahnlinie "13" eingestellt und in einem öVP-Programm überhaupt die Einstellung des Straßenbahnverkehrs verlangt. Diese damalige Konzeptlosigkeit der öVP könne sie mit Worten heute nicht mehr zudecken.

Wenn die öVP von verfehlter Energiepolitik redet, so müsse man sie darauf hinweisen, daß gerade GR. Ammann von einer kleinkarierten Haltung gesprochen hatte, als sich das Land Wien nicht am Kernkraftwerk beteiligte.

Zur Frage Oberhofer betonte Nekula, daß die Magistratsdirektion das Disziplinarverfahren in jenem Augenblick eingeleitet hat, als die Verfehlungen bekannt wurden. Zusätzlich hat das Kontrollamt den Akt der Staatsanwaltschaft zur Überprüfung und Einleitung eines Strafverfahrens übermittelt.

Abstimmung: Die Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt.
(Forts.) hs/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Kulturschilling

=++++

36 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Zu drei Subventionsanträgen der SPÖ, die aus dem Kulturschilling gespeist werden, stellte die ÖVP Abänderungsanträge bezüglich der finanziellen Bedeckung. Die Anträge betrafen Subventionen zur Durchführung einer Konzertreihe "Wege in unserer Zeit", des 6. Internationalen Beethoven-Klavierwettbewerbes sowie einen Förderungszuschuß zur Sanierung der "Kleinen Komödie" im Theater am Kärntner Tor. Die Abänderungsanträge der ÖVP wurden mehrheitlich abgelehnt, die ursprünglich eingebrachten Anträge mit Mehrheit angenommen.

Zwtl.: Straßenplanung

GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag, über ein Gebiet im 10. Bezirk bei der Ludwig von Höhnel-Gasse und der Bitterlichstraße eine Bausperre zu verhängen. Diese Maßnahme hängt mit der Umplanung der B 225 zusammen, die nun nicht auf der ursprünglich geplanten Trasse gebaut wird.

GR. ARTHOLD (ÖVP) begrüßte prinzipiell das Abrücken von der ursprünglich geplanten Trassierung, stellte aber in Frage, wie weit der jetzt geplante Ausbau der Bitterlichstraße nötig ist. Man solle abwarten, wie die Errichtung der A 3 und deren Abfahrt in Simmering den Verkehr an sich ziehen wird, der jetzt noch über die Bitterlichstraße fließt. Arthold schlug vor, die Bitterlichstraße in einem geringeren als dem möglicherweise geplanten Ausmaß auszubauen und dabei auf den Naturschutz im Gebiet des Laaer Berges größtmögliche Rücksicht zu nehmen.

Der Antrag auf die Bausperre wurde einheitlich angenommen.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Pflegeheim Ost

=++++

37 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika KRENN (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Lieferung von Pflegebetten, Nachtkästchen und Bett-Tischen für das Pflegeheim Ost.

GR. HAHN (ÖVP) erklärte, daß der Grundsatzbeschuß für den Bau des Sozialmedizinischen Zentrum Ost im Jahr 1965 gefaßt wurde. Das Spital ist noch immer nicht im Bau. Mit den hunderten Millionen, die beim AKH "danebengingen", wäre das Sozialmedizinische Zentrum Ost heute schon fertig. Die ÖVP stimmt der Auftragsvergabe an die Odelga zu; sie dokumentiert damit ihre Unterstützung für gemeindeeigene Firmen.

Stadtrat Stacher hätte sich viel erspart, wenn er sich rechtzeitig vom langjährigen Chef der Odelga, Wilfling, getrennt hätte. Wilfling war von 1970 bis 1979 Geschäftsführer der Odelga. Im März 1974 wurde er Konsulent der Stadt Wien für die betriebswirtschaftliche Reorganisation des Spitalwesens. Im Jänner 1978 avancierte Wilfling zum Bereichsleiter mit allen Vollmachten. Das war ein entscheidender Fehler.

Wilfling nahm bei Auftragsvergaben mehrmals auf ihm unterstellte Beamte Einfluß. Stacher bewies weder Menschenkenntnis, noch zeigte er bis jetzt politisches Verantwortungsbewußtsein.

Noch am 5. März 1980 bot Bürgermeister Gratz Wilfling einen Konsulentenvertrag an, zu dem es dann nicht mehr kam, weil Wilfling absagte. Noch am 7. März 1980 verteidigte Gratz Wilfling im Wiener Gemeinderat. Zu diesem Zeitpunkt, sagte Hahn, müssen Gratz die Verfehlungen Wilflings im Zusammenhang mit dem AKH bereits bekannt gewesen sein. Warum hielten Gratz und Stacher solange ihre schützende Hand über Wilfling? Noch am 2. Juli 1980 erklärte Stacher im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, er könne nicht glauben, daß sich Wilfling Unredlichkeiten zu Schulden habe kommen lassen. Wenige Tage später wurde Wilfling verhaftet. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Pflegeheim Ost (Forts.)

=++++

38 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Hahn stellte die Frage, welche Einsparungen die Kostenstellenrechnung bisher gebracht hat. Was kosten die dafür notwendigen hundert zusätzlichen Bediensteten, die laut Wilfling gar nicht notwendig waren.

Wilfling hatte überall in dem AKH-Karusell seine Finger drinnen. Stacher schädigte durch die Deckung Wilflings Bund und Stadt Wien. Seit 1976 wurde Stacher vor Wilfling gewarnt, Stacher bezeichnete dies jedoch als Tratsch oder Neid. Die letzten Kontrollamtsberichte sind Grund genug, daß die ÖVP ihr Mißtrauen gegen Stacher verstärkt zum Ausdruck bringt. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Pflegeheim Ost (Forts.)

=++++

39 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage der politischen Verantwortung nahm GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) Stellung. Man müsse Stadtrat Stacher einräumen, daß er auf dem Gesundheitssektor neue Akzente gesetzt hat, die seit Jahrzehnten fällig waren. Seine wissenschaftlichen Arbeiten und sein Engagement für das Gesundheitswesen sind unbestritten. Andererseits ist es unbegreiflich, daß Stacher trotz jahrelanger Warnungen an Wilfling festhielt. Seit 1976 hat es Hinweise auf unkorrektes Verhalten Wilflings gegeben. Bürgermeister Gratz hat einmal gesagt, daß politische Verantwortung dann zum Tragen kommt, wenn ein Politiker jemanden bestellt, von dem er weiß, daß er unkorrekt ist. Hirnschall meinte, daß diese politische Verantwortung auch dann zum Tragen kommt, wenn ein Politiker jemanden, der unkorrekt handelt, in seinem Amt läßt.

Wie kam es zur Kooperation zwischen der Odelga und Prutscher, fragte Hirnschall. Kein einziges Geschäft mit der Firma Prutscher ist positiv gewesen. Obwohl jedoch alle Geschäfte mit Verlust abgewickelt wurden, hat sich die Wiener Holding verstärkt für Geschäftsverbindungen mit Prutscher eingesetzt. Es hat auch geschäftliche Querverbindungen zwischen Prutscher und dem Vorstandstandsleiter der Wiener Holding, Dr. Drenning, gegeben. Die FPÖ hat den Antrag gestellt, daß derartige Ambitionen leitender Angestellter der Holding unterbunden werden. Es nütze nichts, wenn der Gemeinderat die Verwilderung geschäftlicher Sitten beklagt und keine Konsequenzen zieht. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Pflegeheim Ost (Forts.)

=++++

40 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Es könne jedem passieren, auf einen korrupten Menschen hineinzufallen, es darf aber einem Amtsführenden Stadtrat nicht passieren, daß er politische Verantwortung verletzt, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Sie verwies dabei auf Vorgänge im Zusammenhang mit dem AKH, auf Mittel, die ins Hanuschkrankenhaus geleitet wurden, darauf, daß die Kostenrechnung sowohl Wien als auch dem Bund verrechnet wurde und darauf, daß Stacher seine Zustimmung zur Nutzung der Steinhofgründe und des Rosenhügels gegeben habe. Die Präsentation und Diskussion des Sozialberichtes am heutigen Tage sei eine Fehlinvestition und zu schade als Verteidigungsinstrument.

Die ÖVP bekennt sich zum Recht auf soziale Hilfe, betonte Kubiena, die Ausgaben müssen jedoch finanzierbar sein. Deshalb sei es notwendig, auf Reserven Freiwilliger - im Rahmen der Nachbarschaftshilfe - zurückzugreifen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Pflegeheim Ost

=++++

42 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gedanke einer Verbindung von sozialer Hilfe seitens Privater und der Stadtverwaltung ist nicht allein von der ÖVP getragen, erklärte GR. WINDHAB (SPÖ). Er hat schon öfters im Gemeinderat festgestellt, daß private und öffentliche Hilfe einander sinnvoll ergänzen müssen. Tatsächlich wird auch die private Sozialhilfe von der Stadt gefördert, wie etwa die Caritas, die Volkshilfe und der Club handicap, so daß es in Wien keinen Menschen an materieller oder sozialer Hilfe mangelt.

Es ist ein behutsames Vorgehen in Fragen des Spitalswesens notwendig. Dies wurde auch kürzlich auf dem deutschen Krankenhaustag festgestellt. Windhab forderte von der ÖVP mehr Takt und Behutsamkeit in der Spitalsfrage. Die Redner der ÖVP haben nichts Neues gebracht, lediglich eine Aufzählung altbekannter Dinge. Es ist klar zu erkennen, daß, weil Stadtrat Stacher gut gearbeitet und von der Bevölkerung anerkannt ist, ihn die ÖVP weghaben will.

Zwtl.: Psychiatriereform

Wien wird im Ausland um seine Psychiatriereform beneidet. Einige hundert Patienten konnten auf Grund des Psychiatrieplans entlassen werden.

Es sind Worte gefallen, die ihm als Mitarbeiter Stachers wehgetan haben. Etwa, daß Stacher Wilfling gedeckt hat. Das würde heißen, daß Stacher um Fehlhandlungen konkret gewußt und Wilfling nicht ausgeliefert hätte. Windhab wies dies zurück. Konsequenzen können erst gezogen werden, wenn konkrete Tatsachen bekannt sind und nicht auf Grund von Gerüchten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) en/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Haus der Begegnung Brigittenau

=++++

43 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte die Errichtung eines Hauses der Begegnung und die Erweiterung der Volkshochschule in der Raffaelgasse 13 in der Brigittenau unter Einbeziehung des Objektes Raffaelgasse 11. Die Gesamten Baukosten für dieses Projekt betragen 102 Millionen Schilling.

Gr. KUCHAR (FPÖ) sagte, er begrüße die Errichtung des Hauses der Begegnung, müsse aber zu dem Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem Verein Wiener Arbeiterheime ein klares "Nein" sagen. Dieser ist unübersichtlich. Er enthält eine versteckte Subvention an den Verein. Der Vertrag ist ein Musterbeispiel für mangelnde Transparenz.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) bekannte sich ebenfalls grundsätzlich zum Bau dieses Vorhabens. Die verschachtelten Übereinkommen, die allein dem SP-Verein Wiener Arbeiterheime nützen, muß er jedoch ablehnen. Es ist ohnedies grotesk, daß jetzt die Stadt Wien mit ihren Einrichtungen in einem Gebäude der Stadt Wien im Haus Raffaelgasse 13 Untermieter ist. Obwohl nun auf Grund eines Vertrages aus dem Jahr 1953 die Gemeinde für das Haus Raffaelgasse 11 ein Vorkaufsrecht hätte, schließt sie einen Vertrag mit dem Verein Wiener Arbeiterheime ab, der sie zu hohen Mietzahlungen verpflichtet, in seiner letzten Konsequenz dem Steuerzahler schadet und ein Musterbeispiel für "Filzokratie a la AKH" darstellt. Ein weiterer Akt der "Filzokratie" ist dadurch gegeben, daß der Bauauftrag aus heiterem Himmel an die Firm Projektbau vergeben wurde.

Diese Firma gehört jedoch - obwohl durch verschiedene Manipulationen getarnt - der SPÖ. Damit verdient die SPÖ über ihre Vereinigung zweimal an einem Projekt. Die korrekte Lösung für den Bau wäre der Kauf des Hauses Raffaelgasse 11 durch die Gemeinde Wien gewesen. Dem vorgelegten Vertrag kann die ÖVP nicht zustimmen.

(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Haus der Begegnung Brigittenau

=++++

44 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Es ist unbestritten, sagte GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPÖ), daß die Brigittenau von allen Wiener Bezirken den größten Nachholbedarf an gesellschaftlicher Infrastruktur hat. Die Brigittenau hat kein Haus der Begegnung, kein Pensionistenheim, kein Jugendzentrum. Die Volkshochschule Brigittenau ist weit über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt. Sie bietet ein umfassendes Bildungsprogramm, man kann hier allen erdenklichen Hobbies nachgehen, in 25 verschiedenen Sprachen werden Kurse angeboten. Ein besonderes Anliegen ist die Hilfestellung bei Problemen, die sich aus den raschen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen ergeben. Ein weiterer Schwerpunkt ist der internationale Kulturaustausch. Das brennendste Problem stellt der akute Raummangel dar. Viele Exposituren und Ausweichlokale geben Zeugnis von dieser Notsituation. Es ist allen klar, daß hier etwas geschehen muß. Die Bemühungen reichen schon lange zurück. Da Grundstücke im Bezirk beschränkt sind, konzentrierten sich die Überlegungen auf das Projekt der Einbeziehung des Nachbarhauses, um ein funktionierendes Haus der Begegnung zu schaffen. Der Vertrag wurde von den Fachabteilungen der Stadt Wien geprüft und in Ordnung befunden. Natürlich wäre es einfacher gewesen, wenn der Vertragspartner zum Verkauf des Hauses bereit gewesen wäre. So aber mußte ein für beide Partner vertretbarer Kompromiß gefunden werden, der nunmehr vorliegt. Bei einem privaten Eigentümer hätte sich die ÖVP übrigens sicher sofort des Eigentumsrechtes besonnen. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Haus der Begegnung Brigittenau

=++++

45 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) über die Notwendigkeit des Projektes besteht kein Zweifel, sagte GR. KNEIDINGER (SPÖ). Das Haus Raffaelgasse 11 gehört dem Verband Wiener Arbeiterheime. Das Haus befindet sich in einem guten Zustand, die Renovierung wäre nicht notwendig, wenn sie nicht für die Zwecke der Volksbildung erforderlich wäre. Vom Verband Wiener Arbeiterheime werden die anteiligen Kosten von sechs Millionen Schilling getragen. Die erste Miete der Stadt Wien ist am 1. Oktober 2000 fällig. Die SPÖ wird in Zukunft nur 540 Quadratmeter nützen, alles andere steht der Volksbildung zur Verfügung. Das Haus war nach dem Krieg bombengeschädigt und war von freiwilligen Mitarbeitern der SPÖ instandgesetzt worden. Die Bauüberwachung wird durch die MA 26 erfolgen. Für die Schneeärumung werden die anteiligen Kosten vom Verband der Wiener Arbeiterheime getragen. Der Verband stellt der Volksbildung seit vielen Jahren Räume zu einem Betrag zur Verfügung, der nicht einmal die Reinigungs- und Heizungskosten deckt. Die ÖVP ist gegen dieses Projekt, weil der Vermieter der Verband Wiener Arbeiterheime ist. Es gibt keinen Grund, warum die "Projektbau" nicht mit der Durchführung von Arbeiten betraut werden sollte.

In einer zweiten Wortmeldung sagte Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), daß die ÖVP für das Haus der Begegnung im 20. Bezirk ist. Sie wehrt sich aber gegen einen Vertrag, der die Stadt Wien schädigt und der SPÖ einseitig nützt. Der vom Verband Wiener Arbeiterheime geleistete Beitrag von sechs Millionen Schilling ist zu niedrig. Ursprünglich sind 7,2 Millionen vorgesehen gewesen. Die Miete ist zu hoch. Eine saubere Lösung wäre es gewesen, wenn die Stadt Wien das Haus gekauft hätte.

GR. MRKVICKA (SPÖ) ersuchte in seinem Schlußwort als Berichterstatter im Interesse der bildungspolitischen Infrastruktur um Zustimmung zu dem von ihm gestellten Antrag, der mit den Stimmen der SPÖ angenommen wurde. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte zum Wiener Sozialbericht

=++++

46 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GAWLIK (SPÖ) beantragte die Besprechung über den Wiener Sozialbericht.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Wiener Sozialbericht spielte die Wandlungen auf dem Gebiet der Sozialarbeit wider, erklärte GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ). Die Betreuung der älteren Menschen nimmt einen immer stärkeren Raum ein. Besonders hervorzuheben ist der Besucherdienst, aber auch die Nachbarschaftshilfe wird bei den Menschen großgeschrieben. Aus einer Untersuchung geht hervor, daß viele Menschen bereit sind, für ihren Nachbarn Hilfeleistungen zu erbringen. Die sozialen Dienste der Stadt Wien sind zusätzliche Hilfen, sie ersetzen die Bereitschaft der Familienangehörigen nicht. Das soziale Engagement jedes Bürgers soll motiviert werden. Im 3. und 17. Bezirk wurden als Modellfall Helfergruppen mit jungen Menschen ins Leben gerufen. Eine weitere Aktion ist der Medikamentennotdienst, der seit April 1981 besteht. In der Sozialpolitik hat sich vieles verändert. Eines ist jedoch gleichgeblieben: Das Recht des Menschen auf Hilfe in allen Lebenslagen.

Der Opposition wird es nicht gelingen, Stadtrat Stacher politisch "abzuschießen", stellte GR. GAWLIK (SPÖ) fest. Die Wiener SPÖ steht wie ein Mann hinter Stacher. Gawlik hob vor allem den Sektor der Behindertenhilfe hervor. Seit 1980 werden die Maßnahmen des Magistrates zur Behindertenarbeit von einer Stelle koordiniert. Die Stadt Wien unterstützt Berufseingliederungs- und Beschäftigungskurse, leistet Pflegegeldbeiträge und Subventionen an private Vereine, die sich um Behinderte bemühen. In Amtsräumen werden eigene Sprechzimmer für Behinderte eingerichtet. (Forts.)
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte zum Wiener Sozialbericht

=++++

47 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es derzeit 240 Behindertenwohnungen für Rollstuhlfahrer. Es existiert eine geschützte Werkstätte für Behinderte, der Bund plant eine weitere Werkstätte für 70 Behinderte. Gawlik appellierte an private Unternehmungen, ihre Betriebe behindertenfreundlich einzurichten. Die Stadt Wien hat von 1970 bis 1980 1.020 Behinderte eingestellt. Es wurde eine Behindertenkommission geschaffen, die für die Aufnahme von weiteren 50 Behinderten bei der Stadt Wien eintrat. Die Budgetmittel für die Behindertenarbeit haben sich von 16 Millionen im Jahr 1973 auf 170 Millionen im Jahr 1980 erhöht. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringlicher Antrag Prutscher

=++++

48 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte zur Begründung des dringlichen Antrages, der Antrag ist eine selbstverständliche Konsequenz aus den Tatsachen, die ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. 25 Geschäftsfälle, die das Kontrollamt erörtert hat, Unregelmäßigkeiten gegenüber der Krebs-Liga oder Nachteile, die aus dem Vertrag mit der Firma Rinter entstanden sind - keiner der Vorwürfe ist bisher widerlegt worden. Die Dringlichkeit ergebe sich aus dem Zwang, endlich klare Verhältnisse zu schaffen.

GR. WIESINGER (SPÖ) erklärte, der "Kurier" hetzt die Opposition im Gemeinderat auf, Anträge zu stellen. Dr. Hirnschall ist zum Erfüllungshelfer des "Kurier" geworden. "Es fehlt uns gerade noch, daß Herr Bina die Tagesordnung im Haus vorschreibt", sagte Wiesinger.

Die Dringlichkeit ist nicht erforderlich, weil das Kontrollamt die Angelegenheit ausreichend geprüft hat. Der Gemeinderat hat zweimal über das Projekt diskutiert.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Behandlung zugewiesen. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringlicher Antrag Rinter

=++++

49 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) erklärte in der Begründung des dringlichen Antrages, die ÖVP ist davon überzeugt, daß dieses System der Müllaufbereitung technisch am besten geeignet ist. Das Kontrollamt hat festgestellt, daß der Vertrag mit der Firma Rinter keine Nachteile für die Stadt Wien bringt. Es geht nun um die Wahrung der kommunalen Interessen, und die ÖVP sieht die beste Gewähr dafür, daß eine nachteilige Entwicklung verhindert wird, wenn die Stadt Wien ihr Eintrittsrecht ausübt und sich an der Rinter AG beteiligt. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringlicher Antrag Rinter AG

=++++

50 Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollausschuß hat den Kontrollamtsbericht über die Rinter AG genauestens geprüft und einhellig zur Kenntnis genommen, erklärte GR. WIESINGER (SPÖ). Auch im Gemeinderat wurde in mehreren Sitzungen Stellung genommen. Im Übrigen würde die Realisierung der Option eine 10,4 Millionen Schilling Geldspritze für Prutscher bedeuten.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Behandlung zugewiesen. (Schluß) en/bs

+++ Ende des Sitzungsberichtes +++

NNNN